

Danke, liebe Dagmar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Breuer,

ich hatte gesagt, ich möchte gerne über den Begriff Generationengerechtigkeit sprechen - das ist ja ein sehr schillernder Begriff. Und ich glaube, in dem Streit um seine Interpretation findet sich eigentlich die ganze Rentendebatte wieder wie unter einem Brennglas. Generationengerechtigkeit, das ist auch einer der Schlüsselbegriffe im Auftrag, mit dem die Rentenkommission eingesetzt worden ist. Und es ist ein Thema, das auch uns als Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter umtreibt, im Rahmen der Rentenversicherung, aber auch der anderen Sozialversicherungszweige.

Ich finde spannend bei dieser ganzen Debatte um Generationengerechtigkeit, dass diejenigen, die versuchen, sich als Vorkämpfer der Generationengerechtigkeit einen Namen zu machen, wie Herr Spahn, wie Herr Raffelhüschen und bislang jeder Vorsitzende der Jungen Union oder des Wirtschaftsflügels, in der Regel nur eins damit meinen, nämlich die Beiträge zur Rentenversicherung möglichst niedrig zu halten. Die sollen angeblich zu hoch sein und die Jungen dabei überlasten.

Das ist ja auch die naive Bildsprache der Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“. Ihr wisst, das ist die von Gesamtmetall und anderen Arbeitgebern finanzierte Propaganda, die meist im Netz und in Großanzeigen in der Zeitung besser aussieht als in Wirklichkeit. Ich bin zufällig mal in eine ihrer Inszenierungen reingelaufen. Da stand vor dem Roten Rathaus ein kleines blaues Kinderfahrrad und hinten drauf ein großes Paket. Daneben standen zwei blutjunge Mädels, verteilten Postkarten und konnten keine einzige Frage beantworten, zu Rente, zu ihrer Aktion. Denn natürlich habe ich es mir nicht nehmen lassen, sie zu fragen: So, jetzt erklärt mir doch mal, was wollt ihr denn hier eigentlich? Worum geht's denn? – Das war gemein, ich geb's ja zu, und wahrscheinlich nicht gerade generationengerecht.

Aber genau diese naive Bildsprache, dieses, *wir nehmen für uns die Generationengerechtigkeit in Anspruch*, ist schwer zu kontern. Wir müssen überlegen, wie können wir da unser Anliegen deutlich machen? Schließlich ist ein entscheidender Vorteil des Rentenpakt 1, gegen den die beiden da gerade protestiert hatten, dass es ein erster praktischer Schritt seit langem war hin zu mehr

Generationengerechtigkeit, hin zu einer Stabilisierung der Rente, die sonst ja immer weiter abgesenkt worden wäre. Und dann wäre sie spätestens dann unter der Grasnarbe verschwunden, wenn die junge Generation, also auch die beiden jungen Mädels selber mal auf die Rente auch angewiesen sind.

Diese Fragen konnten die jungen Mädchen nicht beantworten, aber ich habe festgestellt, dass sie auch die etwas satisfaktionsfähigeren Vertreter der Generationengerechtigkeit nicht beantworten können oder wollen. Die scheinen von der Unterstellung auszugehen, dass jeder Euro in die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung von vornherein verloren ist. Und das das so selbstverständlich und klar ist, dass es gar keiner weiteren Begründung mehr bedarf.

Aber ob die gesetzliche Rente eine gute Zukunft hat, ist noch nicht entschieden, hier werden wir als DGB und Gewerkschaften uns mit allem Nachdruck weiter dafür stark machen, dass die gesetzliche Rente wieder gestärkt wird. Und genau darum muss es gehen.

Die Bilanz der letzten 15 Jahre zeigt klar, dass man eben nicht privat hinter den Lücken her sparen kann, die in der Gesetzlichen Rente gerissen worden sind. Ich finde, dass nach dem letzten Finanzmarkt-Crash eigentlich auch dem Letzten hätte klargeworden sein müssen, dass das Roulette am Aktienmarkt nicht für die Alterssicherung taugt. Ja gut, wir haben im letzten Dezember gesehen, dem Letzten ist das noch nicht klar geworden. Herr Merz war da anderer Auffassung. Aber unsere gewerkschaftliche Schlussfolgerung ist glasklar. Eine Teilprivatisierung der Alterssicherung ist der völlig falsche Weg - wir brauchen, und das ist das, wofür wir Kampagnen machen, eine leistungsfähige Gesetzliche Rente. Das heißt langfristig Stabilisierung und im weiteren Schritt Anhebung des Rentenniveaus. Und das heißt effektive Vermeidung von Altersarmut.

Wer jahrzehntelang gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt hat, der muss einfach sicher sein können, im Alter auch in Würde davon leben zu können. Die Bundesregierung hat jetzt mit dem Rentenpakt entschieden, das Rentenniveau erstmal bis 2025 zu stabilisieren. Das ist richtig, aber es ist auch klar, das reicht

keineswegs. Denn wir brauchen Antworten über 2025 hinaus. Damit hat das Arbeitsministerium ja die Rentenkommission beauftragt.

Da bin ich Mitglied, aber ich muss zugeben, auch ich bin gespannt, zu welchem Ergebnis diese Kommission kommt. Bis jetzt kann ich nur sagen, was ich hier für die Gewerkschaften an Argumenten und Forderungen einbringe. Und ich kann sagen, aber das wissen Sie ja auch, wer außer mir noch in dieser Kommission sitzt, die die Aufgabe bekommen hat, möglichst eine gemeinsame Position zu entwickeln.

Eine DGB-Kommission ist es nicht, dann hätte ich eine klare Vorstellung vom Ergebnis. Dann sollte das Ergebnis sein: Die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Rente gehört in den Mittelpunkt. Das heißt, keine weitere Absenkung des Rentenniveaus, sondern Stabilisierung und im weiteren Schritt Anhebung, weil ich glaube, dass man nur so die Entwertung der Rente verhindern kann. Und sicher, wir wissen als Gewerkschaften, dass leistungsfähige Alterssicherung nicht umsonst zu haben ist. Aber das wäre sie auch am Kapitalmarkt nicht angesichts der Alterung der Gesellschaft. Das ist nicht der wesentliche Unterschied.

Die entscheidende Frage ist: Wer zahlt? Da gibt es einen ganz entscheidenden Unterschied. In der Gesetzlichen Rente zahlen die Arbeitgeber paritätisch mit. Hier bleibt also nicht alles allein beim Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerin hängen. Aber genau das ist bei der privaten Altersvorsorge der Fall. Hinzu kommen hier die Risiken des Aktien-Roulettes und die Kosten für die Versicherungsprämien – alles ohne Beteiligung der Arbeitgeber, allein auf die Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Art der Lastenverteilung ist mit uns nicht zu machen.

Was mit uns auch nicht zu machen ist, daran habe ich auch in der Rentenkommission keinen Zweifel gelassen, ist eine Anhebung des Renteneintrittsalters. Das ist nämlich kein Ausweg, sondern ein völliger Holzweg.

Das würde nur bedeuten, dass noch mehr Menschen in die größer werdende Lücke zwischen dem Ende der Arbeit und dem Anfang der Rente fallen und auf den letzten Metern dann auch noch gezwungen werden, ihre Lebensleistung zu entwerten.

Wer länger arbeiten kann und will, kein Problem. Wir haben eine Menge guter Ideen, wie Menschen länger gesund in Lohn und Brot bleiben können. Die haben wir auch in die Rentenkommission eingebracht, wie zum Beispiel Arbeit gesundheitsverträglicher gestaltet werden kann, wie wir mit Reha und Prävention besser umgehen können und wie in dem Sinne auch Menschen, die unter Belastungen arbeiten müssen, trotzdem möglichst lange gesund am Erwerbsleben teilnehmen können.

Aber wir wissen auch, viele, die hart schufteten, die können es schon heute gar nicht schaffen, weder bis 65 noch bis 67. Das gilt für den Schichtarbeiter genauso wie für die Altenpflegerin, den Maurer, die Erzieherin. Für die ist eine Anhebung des Renteneintrittsalters nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung. Und ich finde, das geht überhaupt nicht.

Ich bin davon überzeugt: wer heute als Kreuzritter der Generationengerechtigkeit die Rente weiter zusammenstreichen und das Renteneintrittsalter raufsetzen will, der erweist der jungen Generation einen Bärendienst. Denn im Ergebnis würde das heißen: Die, die heute jung sind, kriegen nachher weniger Rente. Sie müssen länger arbeiten und sie müssen noch Unmengen an Euros den privaten Versicherungen hinterher werfen in der Hoffnung, dass sie davon im Alter auch was rauskriegen und die Börse bis dahin nicht gecrasht hat.

Unsere Vorschläge für eine gute Rente gibt es nicht umsonst, dafür brauchen wir einen klugen Mix aus Beiträgen und Steuermitteln. Aber dann hat die junge Generation für das, was sie einzahlt, auch eine gute leistungsfähige Rente, wenn sie sie später mal braucht. Das sicherzustellen, das ist der Kern von Generationengerechtigkeit.

Denn wir haben ja heute eine Situation, in der alle wissen, dass die Rentenbeiträge steigen werden, wenn die Nachhaltigkeitsreserve der Rentenversicherung aufgebraucht ist. Sie steigen also so oder so – ob wir das wollen, ob wir das nicht wollen.

Die entscheidende Frage ist doch dann: Ist bei den steigenden Rentenbeiträgen, die es absehbar gibt, sichergestellt, dass sich das hinten am Ende auch lohnt und das es für das, was man da einzahlt, eine Gegenleistung gibt? Was soll ich mit einer Versicherung, die im Zweifelsfall, wenn ich sie brauche, keine Leistung bringt, mit der ich über die Runden kommen kann. In eine solche Versicherung hätte zu Recht niemand Vertrauen.

Wenn wir werden mehr Ältere in dieser Gesellschaft haben, dann muss dafür auch mehr Geld in die Hand genommen werden. Aber damit darf die junge Generation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht allein gelassen werden, sondern wir müssen für eine gerechte Finanzierung sorgen, und zwar alle gemeinsam.

Ich finde, der gerechteste Weg ist, eine gute Altersabsicherung über die Gesetzliche Rentenversicherung zu machen und hier gleichzeitig dafür zu sorgen, dass auch die starken Schultern mittragen. Das gilt dann für den Steueranteil und das gilt eben auch dafür, dass Arbeitgeber wie Arbeitnehmer paritätisch den Teil der Versicherungsbeiträge zahlen. Und wenn die Arbeitgeber hier über die Höhe der Beiträge klagen, dann muss man sich immer klar machen, sie klagen über die Höhe IHRER Beiträge, nicht unserer. Alles was privat ausgelagert wird bei der Alterssicherung, zahlen wir letztlich allein oben drauf. Jetzt bei der Riester-Rente z.B. sollen wir vier Prozent ersetzen - das hieße bei 20 Prozent Rentenbeitrag nicht etwa 10% für die Arbeitgeber und 10% für uns, sondern bei uns 4% drauf, also 14%. Jeder Schritt in die Privatisierung der Alterssicherung ist nichts anderes als eine Kostenverschiebung zu unseren Lasten. Deshalb geht gesetzliche Rente nur mit einer gerechten Finanzierung und Verteilung der Lasten.

Auch das gehört zur Generationengerechtigkeit!

Ich habe leider davon in der Rentenkommission noch nicht alle überzeugt. Ich arbeite daran. Prof. Börsch-Supan, der ja da auch Mitglied ist, hat sich ja bekanntlich öffentlich völlig anders aufgestellt und sagt: *Alles nicht finanzierbar, Rentenniveau runter, Renteneintrittsalter hoch.* – Ich will jetzt gar nicht auf die Einzelheiten eingehen mit dem Vorschlag, den er gemacht hat, zum Beispiel beim Rentenniveau in Zukunft statt 45 Jahren Erwerbsbiographie 47 zugrunde zu legen. Dann sieht auf

der Oberfläche alles prima aus, weil, dann stimmt das wieder mit dem Niveau und den Prozentzahlen. Aber eigentlich heißt das einfach, zwei Jahre länger arbeiten.

Oder wenn er in der BILD-Zeitung zig Milliarden Euroberge addiert, die an Kosten bei der Rente auf uns zukommen, um zu zeigen, das kann doch alles gar nicht gehen, dann muss man auch sagen: Das sind dann Geldwerte von heute, die auf 2040 oder 2060 hochgerechnet werden. Das sieht dann verdammt beeindruckend aus, ja, aber sagt reichlich wenig, wenn man dann mal drüber nachdenkt, dass früher eine Kugel Eis ja auch zwanzig Pfennig gekostet hat.

Ich habe das gerade an diesen zwei Themen ein bisschen ausführlicher dargestellt, weil Prof. Börsch-Supan und ich nur zwei der Pole in der Rentenkommission sind. Da gibt es noch ganz viele Facetten, weil gleichzeitig – und das macht das Spannende an der Diskussion aus, aber auch das immens Schwierige – die einen mehr auf eine Stärkung der Leistungsfähigkeit setzen und die anderen ganz wesentlich auf Kosten und Finanzierung schauen.

Wir sind uns alle darüber im Klaren, wie unglaublich wichtig und wertvoll es wäre, in der Rentenpolitik langfristig wieder zu einem Konsens zu kommen, damit die junge Generation eben auch weiß, was auf sie zukommt, und wir nicht in jedem Wahlkampf das Thema Rente wieder aufrufen müssen, und keiner weiß, wie dann genau die Entscheidungen der nächsten Regierungen fallen.

Wir brauchen hier möglichst langfristige Weichenstellungen für eine leistungsfähige Rentenversicherung. Und da wäre natürlich das Allerbeste, wir bekämen hier einen Konsens hin. Aber ob und wie dieser Konsens gelingen kann, was hier in den Blick genommen wird, hängt ja nicht allein von denjenigen ab, die sich in der Kommission den Kopf zerbrechen, sondern eben auch von der gesellschaftlichen Diskussion, die gleichzeitig geführt wird.

Mit dieser gesellschaftlichen Diskussion können und wollen wir nicht warten, bis aus der Kommission weißer Rauch aufsteigt. Plan ist, im März 2020 einen Bericht vorzulegen und Empfehlungen zu machen, sondern wir brauchen jetzt, heute, in den nächsten Monaten eine transparente und breite Diskussion, die in die Koalition

hinein, aber auch in die Kommission hinein klare Signale setzt, was denn die Erwartungen an eine gute Rentenpolitik sind.

Ich glaube, um einen Kurswechsel hin zu einer Stärkung der Gesetzlichen Rente auch durchzusetzen, werden wir noch viel mehr Druck machen müssen. Das braucht Öffentlichkeit. Das braucht Transparenz. Dafür werden wir sorgen zusammen mit den Gewerkschaften, mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und nicht zuletzt auch mit der Wissenschaft.

Wir haben zum Beispiel geplant, und da seid ihr gerne herzlich eingeladen, eine große Konferenz hier am 5. Juni in Berlin, um da nochmal die vielen Vorschläge, die es gibt, zusammen zu holen. Aber wir brauchen auch viele Ideen und Unterstützung und Action vor Ort. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr euch da alle beteiligt. Es geht ja nicht nur um die Kommission, sondern eben auch um das, was die Große Koalition sich noch für dieses Jahr bei der Rente vorgenommen hat, gerade wenn es um die Umsetzung der Grundrente geht. Darüber habt ihr ja heute auch schon diskutiert. Neben der langfristigen Stabilisierung der Rente brauchen wir auch dringend konkrete Maßnahmen gegen Altersarmut.

Wir haben mit den Sozialverbänden und den Wohlfahrtsverbänden hier gemeinsam einen Sechspunkteplan vorgelegt. Das ist der Maßstab, an dem, wir das, was die Regierung vorschlägt, messen. In diesen Maßstab passt sehr gut, was Arbeitsminister Heil als Vorschlag bei der Grundrente vorgelegt hat. Das orientiert sich an dem, was wir bei der Rente nach Mindesteinkommen schon lange fordern, nämlich dass man am Ende des Arbeitslebens bei denjenigen aufwertet, die über lange Jahre geringe Einkommen hatten, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, die vielleicht auch einige Jahre arbeitslos waren. Ich glaube, eine solche Aufwertung brauchen wir, denn das wäre ein Respekt vor der Lebensleistung, die hier erbracht worden ist. Die müssen wir, finde ich, schützen. Die müssen wir auch würdigen.

Das heißt für mich aber auch, dass man diejenigen nicht am Ende eines langen Arbeitslebens noch zum Amt schicken darf, sondern wir brauchen die Einführung der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, weil nur das eine echte Anerkennung der

Lebensleistung vieler Menschen ist. Ich glaube, es gibt in diesem Land viel mehr Zahnarthelferinnen, die darauf angewiesen sind, als Zahnarztgattinnen, die von angeblich zu Unrecht profitieren würden.

Lasst mich einen Satz noch sagen zu dem, was im Moment gerade bei der Finanzierung der Grundrente diskutiert wird. Da kann es nicht darum gehen, dass hier – rechte Tasche, linke Tasche – finanziert wird innerhalb der Sozialversicherung und die Mittel aus der Beitragskasse genommen werden, sondern wir erwarten, das haben wir auch klar und deutlich gesagt, einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung der Grundrente aus Steuermitteln. Hier darf es nicht noch einmal so eine totale Fehlfinanzierung geben wie bei der Mütterrente. Das sind 14 Milliarden jedes Jahr, die jetzt aus Beitragsmitteln für eine gesamtgesellschaftliche Leistung bezahlt werden, die wirklich aus Steuermitteln bezahlt gehört. Das muss geändert werden, aber wiederholen dürfen wir einen solchen Fehler auf gar keinen Fall.

Interessant ist es, wenn ich mir die Diskussion um die Mütterrente angucke, wer sagt da was, und die Diskussion um die Grundrente, wer sagt da was.

Dann kommen dieselben Argumente mit umgekehrten Vorzeichen. Bei der Mütterrente redet keiner von einer Bedürftigkeitsprüfung, ich auch nicht, finde ich auch blöde, obwohl im Koalitionsvertrag steht, es ginge bei dieser Leistung um den Schutz vor Altersarmut. Da kann man sich drüber streiten, ob das die zielgerichteteste Leistung in Bezug auf Altersarmut ist oder ob es nicht eher die Würdigung anderer Leistungen ist. Jedenfalls: über Bedürftigkeitsprüfung redet hier überhaupt keiner.

Und wenn ich mir anhöre, dass aus der CDU, gerade aus dem Wirtschaftsflügel die scharfe Kritik bei der Grundrente kommt, dass das auf jeden Fall nur aus Steuermitteln gezahlt werden kann und nicht aus Beitragsmitteln, dann sage ich: Ja, stimmt, aber das hätte ich gerne mal gehört, als die Mütterrente, die dreimal so viel kostet wie die Grundrente, installiert worden ist. Da gab es von der Seite überhaupt keinen Widerspruch dagegen, das aus der Beitragskasse zu nehmen.

Das heißt, diejenigen, die heute die schärfsten Kritiker dieser Antwort über Beitragsmittel sind, haben es bei der Mütterrente ganz in Ordnung gefunden. Aber



ich will jetzt hier nicht rum filibustern. Letztlich hoffe ich, dass wir in dieser Auseinandersetzung, in dieser Diskussion um die Grundrente zu einem guten Ergebnis kommen. Dafür machen wir uns als DGB gemeinsam mit den Gewerkschaften wirklich stark und haben dafür auch in der Öffentlichkeit nochmal einiges versucht zu bewegen. Auch vor Ort sind viele von uns da sehr aktiv geworden.

Ich glaube, dass diese Grundrente ein wirklich wichtiger Schritt wäre hin zu einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn es sind drei bis vier Millionen Menschen, die dann davon profitieren würden, sowohl welche, die heute schon Rente beziehen, als auch diejenigen, die neu in Rente gehen. Ich finde, ein stabiler Schutz vor Altersarmut sollte uns wirklich was wert sein. Das ist gesellschaftlich dringend nötig.

Ich hoffe gleichzeitig auch, dass die Rentenkommission mit guten Vorschlägen für die langfristige Stabilisierung Ergebnis herauskommt. Wir werden das unsrige dafür tun. Aber ich kann auch ankündigen, dass wir als Gewerkschaften so oder so dafür sorgen werden, dass die Rente, und zwar die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Rente ganz oben auf der politischen Tagesordnung bleibt.

Nur wenn wir das tun und das zum Beispiel auch im nächsten Bundestagswahlkampf wieder auf die politische Tagesordnung setzen und den Parteien abfordern, dass sie dazu Position beziehen und dazu entsprechend Vorschläge machen, können wir erreichen, dass man sich auch nach einem langen Arbeitsleben wirklich sicher sein kann, dass man im Alter in Würde von seiner Rente leben kann. Und darum geht es!

Noch sind wir davon weit entfernt, aber wir sind ja auch noch nicht durch. – Danke!